

30 Jahre Frauensolidarität – und manchmal zu leise

Ein Blick zurück auf drei Jahrzehnte



Beim Nachlesen meines Rückblicks zum 20-jährigen Jubiläum der Frauensolidarität, vor mittlerweile also zehn Jahren, fiel mir auf, dass erst 20 (!) Jahre nach Gründung der Frauensolidarität das österreichische Entwicklungszusammenarbeitsgesetz mit einem Passus zur „Gleichstellung von Frauen und Männern“ beschlossen wurde. Fortschritt ist in Österreich langsam. Und was ist heute davon geblieben?

Ulrike Lunacek

Wegbereiterinnen

Die Frauensolidarität hat Pionierarbeit geleistet, in Bezug auf Frauenanliegen und feministische Themen in der österreichischen Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit: das erste Frauenprojekt der österreichischen EZA, die Bewusstseinsarbeit für geschlechtsspezifisches Denken und Handeln in der (Entwicklungs-) Politik, die Mitbegründung des Netzwerks Women in Development Europe (WIDE)-Österreich, die Kampagnen zu Frauenarbeit im informellen Sektor u. v. a. m. Aber es ist immer noch zu wenig. Dies ist jedoch nicht auf das Versagen der „Frauensoli“, wie wir unsere Organisation liebevoll nennen, zurückzuführen – im Gegenteil, ich wage zu behaupten, dass die Fortschritte ohne die Frauensolidarität geringer ausgefallen wären und dass es unserer Anstrengungen auch weiterhin und verstärkt bedarf.

Und heute ...

Denn Diskriminierung und Armut sind immer noch weiblich, weder die großen UNO-Konferenzen und -Aktionspläne noch sichtbar mehr Frauen auf Führungsebenen in Politik und Wirtschaft haben Substanzielles daran geändert. Auch hier ist der Fortschritt zu gering, sind wir vielleicht zu leise geblieben oder geworden. Manchmal habe ich den Eindruck – auch bei meiner eigenen Arbeit –, dass wir mitt-

lerweile allzu oft und allzu sehr um viele Details kämpfen und dadurch das Gesamte aus den Augen verlieren. Das Gesamte, das da heißt, dass Männerbünde immer noch zu stark sind und die Erniedrigung von Frauen im gesamtgesellschaftlichen System immer noch massiv verankert ist. Modernes Sklaventum ist zwar nicht ausschließlich, aber doch mehrheitlich weiblich. Und die Ausbeuter und Ausbeuterinnen (ja, auch deren gibt es einige wenige, etwa im Frauenhandel, in Unternehmen, in der Politik und anderswo) laufen meist frei herum, genießen öffentliche Anerkennung und kommen auch in wirtschaftlichen Krisenzeiten recht glimpflich davon, wie wir jetzt wieder sehen: Warum hat die griechische Regierung nicht spätestens zu Beginn der Krise das Militärbudget (mehr als 4 % des BIP!) reduziert. Warum haben die Schweiz und andere Staaten – auch Österreich ist teils noch eine Steueroase wegen der nicht-automatischen Weitergabe von Daten ausländischer BankkundInnen – denn nicht um Amtshilfe bei der Verfolgung von Steuerflüchtlingen ersucht? Angeblich liegen an die 200 Milliarden unversteuert aus griechischen Quellen in der Schweiz und anderen Steueroasen. Auch in Österreich trifft das Sparpaket die Reichen – und das sind mehrheitlich Männer – unverhältnismäßig wenig. Die Ersten, die unter massiven Sparpaketen leiden, sind – so wie bei den harten „Strukturanpassungsprogrammen“

von IWF und Weltbank in den 1980er- und 1990er-Jahren für zahlreiche Dritte-Welt-Länder – die Frauen aller Altersstufen. Und ihre gesamte Arbeitslast reduziert sich nicht; im Gegenteil, durch weniger Geld werden die Alltagsarbeiten aufwändiger und dauern länger – und ihre Einkommen und die Chance, einen Job zu finden, wenn der bisherige verloren gegangen war oder sie noch gar keinen hatten, wurden geringer.

Und fast selbstverständlich sind die oftmals als aufmüpfig angesehenen, nicht nur karitativ tätigen (Frauen-) Organisationen unter den Ersten, die durch Streichen oder Kürzen der Subventionen betroffen sind: seien es die in Brüssel ansässigen European Women's Lobby oder WIDE, oder die Frauenberatungsstellen und andere Fraueninitiativen in Österreich, Deutschland oder anderswo.

1981–2011: Bewegte Frauen treffen sich

Apropos anderswo: In Lateinamerika, Afrika oder Asien hat es die breite Subventionierung von kritischen zivilgesellschaftlichen Organisationen durch die eigenen Regierungen so wie in den europäischen Wohlfahrtsstaaten ja nie gegeben. Aber im Vergleich zwischen den Frauenbewegungen in Lateinamerika und Europa fällt der Beobachterin vor allem ein gravierender Unterschied auf: In Lateinamerika gibt es seit nunmehr 30 Jahren regelmäßig die sogenannten „feministischen Treffen“ von Tausenden AktivistInnen – eine Kontinuität, die wir leider in Europa und weltweit in dieser Form nicht kennen.

Im November 1981 fand in Bogotá in Kolumbien das erste feministische Treffen Lateinamerikas und der Karibik statt. Damals, am 25. November, fiel auch der Startschuss für den Internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen: An diesem Tag waren im Jahr 1960 die drei Schwestern Mirabal im Auftrag des dominikanischen Diktators Trujillo ermordet worden. 1993 wurde der 25. November dann von der UNO-Generalversammlung zum Internationalen Tag für den Kampf gegen Gewalt gegen Frauen erklärt, um der Brutalität der Gewalt gegen Frauen, aber auch dem Kampf gegen sie stärkere Öffentlichkeit zu geben – was ja auch gelungen ist.

Im November 2011 schloss sich der Kreis der ersten 30 Jahre: Das 12. Lateinamerikanische und Karibische Feministinnentreffen fand erneut in Bogotá statt. Was sich über die Jahrzehnte hin durchgezogen hat, sind die Auseinandersetzungen zwischen den autonomen und den „institutionalisierten“ Frauen – etwas, was wir hier auch kennen. Wobei zu den „institutionalisierten“ Frauen oft auch jene aus den NGOs gezählt werden, die von europäischen Regierungen, der EU oder US-Stiftungen finanziert werden – und die sich einen Namen gemacht haben und Erfolge verzeichnen konnten, z. B. bei der Umsetzung der Aktionspläne der UNO-Bevölkerungs- und Entwicklungskonferenz 1994 in Kairo (die ich selbst als NGO-Vertreterin in der Delegation der österreichischen Bundesregierung miterlebt habe) oder bei der Weltfrauenkonferenz 1995 in Beijing.

Im Gegensatz zu den Anfängen der Encuentros (zu Deutsch: Treffen) in den 1980er-Jahren steht heute oft die Situation von Frauen aus Minderheiten im Vordergrund, seien es nun Lesben, Schwarze oder Indigene. Im Unterschied zu den Anfängen ist heute die Betonung mancher linker Frauen, die „Frauenfrage“ sei der Nebenwiderspruch und würde nach dem Sieg gegen den Kapitalismus gelöst werden, in den Hintergrund gerückt. Symbolisch dafür, dass es zu Beginn der Weltsozialforen im brasilianischen Porto Alegre im Jahr 2001 noch kein eigenes „Frauenzelt“ gab, mittlerweile ist dies bei den Foren aber gang und gäbe.

Straflosigkeit und Politik

Gewalt gegen Frauen ist seit Anfang der 1990er-Jahre mit der verstärkten Beschäftigung von jungen, allein lebenden Frauen in der Maquila-Industrie im Norden Mexikos an der Grenze zu den Vereinigten Staaten ins öffentliche Interesse gerückt, als die ersten Leichen gefunden wurden und der Kampf gegen die Femicidios begann – verbunden mit dem Kampf gegen die Vorurteile gegenüber den ermordeten oder verschwundenen Frauen im Sinne von „die war selber schuld, was will sie auch arbeiten und allein leben!“ oder: „Bestimmt ist sie mit ihrem Freund in die USA abgehauen!“ Die Straflosigkeit liegt bei fast 100 %, trotz weltweiter Proteste – auch im Europaparlament haben wir dazu Resolutionen verabschiedet und Veranstaltungen gemacht. Was neu ist im letzten Jahrzehnt, ist der Umstand, dass es mehrere Frauen an der Staats- und Regierungsspitze gibt und gegeben hat – Bachelet in Chile, Cristina Fernández de Kirchner in Argentinien, Dilma Rousseff in Brasilien – und die sowohl für die Sichtbarkeit von Frauen und auch auf rechtlicher Ebene viele Fortschritte in der Gleichstellung der Geschlechter gebracht haben oder bringen.

Heutzutage sieht feministischer Protest und Widerstand oft anders aus als noch vor 30 Jahren: weniger politisch korrekt und oftmals umstritten – aber das war auch damals so. Die ukrainischen Aktivistinnen von Femen etwa protestierten mit nacktem Busen gegen Patriarchat und Korruption, die AktivistInnen des SlutWalk sind nicht nur in Europa und den USA und Kanada auf die Straße gegangen, sondern auch in Mittel- und Südamerika. Guerilla Knitting und die Teilnahme am Arab Spring sowie die Occupy Wallstreet- oder sogar die Occupy Patriarchy-Bewegung bei uns sind neue Formen des Widerstands und als solche nicht mehr wegzudenken.

**Denn Widerstand braucht es, auch weiterhin,
und immer wieder.**

**Und auch Frauensolidarität –
für zumindest weitere 30 Jahre!**

Zur Autorin: Ulrike Lunacek ist Europaabgeordnete und Außenpolitiksprecherin der Grünen im Europaparlament. Sie ist Obfrau der Frauensolidarität.